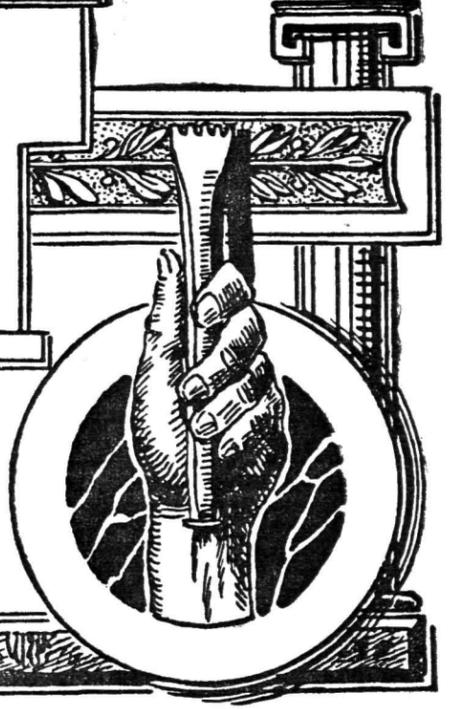
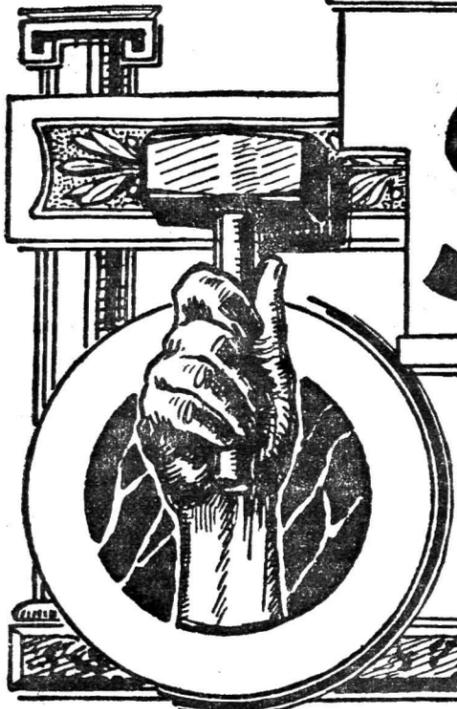


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Pettizeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 18. April 1903.

7. Jahrgang.

An die Steinarbeiter-Verbreiter.

Die Expedition macht die Steinarbeiter-Verbreiter darauf aufmerksam, daß Nach- oder Abbestellungen des Steinarbeiters, wenn möglich, schon Dienstags hier eingehen und nicht, wie es meistens der Fall ist, erst Donnerstags, wenn die Adressen schon geschrieben oder der Steinarbeiter überhaupt schon verpackt ist. Gehen die Bestellungen erst spät ein, dann machen sich unliebsame Verzögerungen bemerkbar, welche vermieden werden können, wenn man unsern Wunsch nachkommt.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Mürnberg. Nach der Sebalduskirche ist Zuzug fernzuhalten.

Mannheim. Die Kollegen bei der Firma Hedert befinden sich im Streik.

Bremen II. In der Marmorwerkstelle von Berth sind Lohndifferenzen entstanden.

Erfurt. Der bestehende Tarif ist am 31. März abgelaufen. Unterhandlungen schweben noch. Dies den reisenden Kollegen zur Kenntnis.

Weizen a. d. Elbe. Der Streik bei Köhler dauert unverändert fort.

Mühlhausen i. Elsaß. Der Streit bei der Firma Ph. Holzmann dauert unverändert fort.

Leipzig. Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer planen eine Reduzierung von den Musikarbeiten von 15 Proz. vorzunehmen, während der Gesamt-tarif eine Reduzierung von 5 Prozent erfahren soll.

Die Steinarbeiterbewegung in Oesterreich.

Um über die Bewegung der Steinarbeiter Oesterreichs ein richtiges Bild zu erhalten, ist es notwendig, auf ihre Entwicklung zurückzugreifen.

Es ist verhältnismäßig kurze Zeit, daß die Steinarbeiter Oesterreichs eine eigene Organisation haben. Früher waren die Steinarbeiter in der Bauarbeiterorganisation, die unter wechselnden Namen ein bescheidenes Dasein führte. Da waren Maurer, Steinmessen, Dachbeder, Zimmerer, Stukkateure und Gipsarbeiter zusammengewürfelt. Der Höchststand dürfte mit 1000 Mitgliedern zu verzeichnen gewesen sein. Es läßt sich

nun denken, welchen geringen Wert die Teilnahme der Kollegen an dieser Organisation hatte. Unterschätzt soll allerdings nicht werden, daß es für die österreichischen Verhältnisse eine Vor-schule war zur weiteren Entwicklung.

In dem in den achtziger Jahren gegründeten Gewerkschaftsverein der Maurer und Steinmessen, bildeten die Steinmessen den Grundstock der Organisation. Derselbe wurde bis zum Jahre 1892 geführt und kam, als eine Sezession der Maurer eintrat, zur Auflösung. Derselbe erstreckte seine Tätigkeit wohl auf ganz Oesterreich, kam aber nur für Wien und einige umliegende Orte in Betracht.

Mit der Auflösung trat nun eine Zeit der Organisationslosigkeit für die Steinarbeiter ein. Die Bausteinmessen erledigten die dringendsten Angelegenheiten als: Fremdengeheim und Streikauflagen auf die aus der Zunftorganisation übrig gebliebenen Delegiertenorganisation. Auf jeden Fall, soweit zielbewusste Kollegen vorhanden waren, war ein Delegierter vorhanden, der über Aufforderung einer, wenn auch nur lose zusammenhängenden Leitung, die allgemeinen Branchenangelegenheiten erörterte.

Im Jahre 1893 trat eine Anzahl von Kollegen der Marmor- und Granitindustrie zusammen und gründeten den Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter Oesterreichs. Derselbe nahm einen beträchtlichen Aufschwung und zählte in kurzer Zeit 400 Mitglieder, von denen 3 bis 4 Mann den Bausteinmessen zuzugerechnet waren. Sein Gebiet war nur auf Wien beschränkt, trotz der weiten Fassung des Organisationsstatuts. Eine Reihe von Lohnkämpfen, die zum Teil erfolglos waren, brachten wesentliche Störungen mit sich, doch hielt er sich ziemlich gut. Es kann ruhig gesagt werden, daß die in der Granitindustrie zum Teil bestehenden besseren Arbeitsbedingungen ihre Festigung in dieser Zeitperiode erfuhren. Die Leute haben eben eine harte Schule mitgemacht, und mußten um jeden Kreuzer Lohn und jede Viertelstunde Arbeitszeitverfügung schwer kämpfen. Dem Ansturm der Marmorindustriellen, denen die Organisation ein Hindernis war in ihrem Bestreben, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, konnte die Organisation auf die Dauer allerdings nicht widerstehen, dazu war die Struktur zu schwach. Zu dieser Zeit wurde seitens eines Teils der Bausteinmessen der Gedanke propagiert, eine Organisation der Steinmessen zu gründen. Nach lebhafter Debatte, in der die Mitglieder des Fachvereins mit Eifer für eine einheitliche Organisation eintraten, kam diese neue Organisation: Verband der Steinmessen Oesterreichs 1895 zu stande. Der Anfang war über alles Erwarten gut. Es traten sofort die Steinmessen Wiens — verschwindende Ausnahmen abgesehen — bei. In kurzer Zeit kam es in einigen Orten zu Ortsgruppen Gründungen.

Diese Form der Organisation konnte allerdings nur die Zünftler befriedigen. Es war statutarische Bedingung, daß nur Steinmessen als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden konnten. Was mit der großen Zahl der übrigen Steinarbeiter geschehen sollte, darum kümmerten sich die Propagandisten nicht. Der Beitrag war ein lächerlich geringer, 30 Heller (25 Pfg.)

monatlich wurden erhoben. Es zeigte sich aber bald, daß mit zünftlerischem Abschluß und unzureichenden Mitteln eine Organisation nicht zu halten ist. Es gelang wohl, die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden durchzuführen und einen Minimaltagelohn von 5 Kronen zugesichert zu erhalten, doch wurde letzteres nur auf einzelnen Plätzen längere Zeit erhalten. Die damalige Lohnbewegung erforderte große Opfer von jedem Steinmessen, es mußten 2 Kronen pro Mann und Woche aufgelegt werden. Nach durchgeführter Lohnbewegung kam die Zeit der Abbröcklung. Einseitigere Elemente erkannten, daß die Abspernung hinderlich sei, und dem Körper neues Blut zugeführt werden müsse. Es wurden Verhandlungen betreffs des Anschlusses der Marmor- und Granitarbeiter angeknüpft. Derselben hatten ein günstiges Ergebnis, und im Jahre 1897 erfolgte die Umbildung in den Verband der Steinarbeiter Oesterreichs. Die eigentliche Steinarbeiterbewegung ist also ziemlich jung. Es darf nicht vergessen werden, daß so manches, was der früheren Organisation hinderlich war, noch heute als Bleigewicht anhängt, und es noch mancher Arbeit bedarf, um dieses auszu-mergen. Die Scheu vor einer höheren Beitragsleistung ist bisher noch nicht geschwunden, und jede Reform begegnet bis heute den größten Hindernissen. Nichtsdestoweniger kann gesagt werden, daß sich so manches schon gebessert hat.

Ein wesentliches Hindernis für eine wirksame Agitationsarbeit ist die Vielsprachigkeit. Wir haben bis heute mit Steinarbeitern deutscher, tschechischer, italienischer und slowenischer Zunge zu rechnen, und ein Schritt zur Ausbreitung kann uns noch ein paar Sprachen eintragen. Dieser Umstand macht nicht nur die Geschäftserledigung schwerer, sondern auch entsprechend kostspieliger. Unsere Drucksachen müssen in allen diesen Sprachen angefertigt werden.

Weiter mag ein noch bestehender Lokalpatriotismus ein Hindernis sein. Es kostete uns die Arbeit zweier Jahre, um die Triester Steinarbeiterorganisation zum Anschluß zu bewegen. Nach dieser Richtung haben wir jetzt reinen Tisch, die noch bestehenden polnischen Organisationen fallen uns, sobald wir wollen, zu.

Trotzdem ist die Bahn für eine durchgreifende Agitation noch nicht frei. Erst muß die Zentralleitung in jeder Hinsicht der führende Faktor sein. Wesentliche Schritte zu einer einheitlichen Geschäftsführung sind ja in den letzten Monaten geschehen, doch ist noch vieles zu ändern.

Die Zentrale nahm bisher vom Beitrag 25 Prozent für Verbandszwecke in Anspruch. Damit war sie in der Lage — nichts zu machen, wenigstens nichts wirksames.

Es kann ja ohne weiteres zugestanden werden, daß die bisherigen Leitungen als Finanzkräfte ersten Ranges gelten müssen, nachdem sie es verstanden, bei diesem geringen Betrag ihr Auskommen zu finden, aber in Zukunft geht es nicht mehr. Der Verband wird von den Mitgliedern mehr fordern müssen und ihm selber müssen größere Beiträge bewilligt werden.

Die lange Bank, auf die alles, was nicht unumgänglich notwendig ist, geschoben wird, darf länger nicht verwendet werden.

Die Vampire der Gewerkschaften.

Wie es im Leben Menschen gibt, die irgend ein Unglück eines anderen oder die Gemeinschaft der Organisationen dazu ausnützen, um daraus Vorteil zu ziehen, so gibt es auch Gewerkschaftsmitglieder, die den Marodeuren eines Schlachtfeldes gleich, die Vorgänge und Notlage einer Organisation dazu benutzen, um ihr das Blut gleich Vampiren auszusaugen und an ihrem Lebensnerv zu nagen. Die Organisationen können sich vor solchen Elementen schützen, die nicht zu ihrer Gemeinschaft gehören, nicht aber vor solchen, die Mitglieder der Organisation sind und damit meinen, einen Freibrief auf die Kasse und auf die Taschen der Berufsangehörigen und organisierten Arbeiter in der Tasche zu haben.

Wie gesagt, gegen unlautere Elemente, die außerhalb der Organisation stehen, hat man das Mittel der Ignorierung; damit kann gerechnet werden; das weiß jeder, der einigermaßen in seiner Organisation firm ist. Diese Leute läßt man beiseite liegen und macht sich gegebenen Falls auf das Neueste gefaßt. Nicht nur, daß von vornherein mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, daß sie bei einem etwaigen Lohnkampf die Beteiligung ablehnen werden, obwohl dessen Erfolg auch ihnen zu gute kommt, man rechnet auch darauf, und tut gut daran, daß diese Elemente auch die Ausständigen ersetzen und willige Mitarbeiter für die bedrängten Arbeitgeber abgeben.

Weil wir dies wissen und in den meisten Fällen dies durch die an einen Ausständigen knüpfenden Folgen bestätigt wird, so nehmen wir darauf Rücksicht und können unsere Konstellation darauf einrichten, ob ein bevorstehender Ausständiger trotz dieser Elemente auch Erfolg haben kann.

Anders aber ist es, wenn bei Einleitung einer Lohnbewegung und Eintritt in einen Ausständigen nur mit organi-

sierten Berufsgenossen zu rechnen ist, auf deren Zuverlässigkeit wir uns mit Recht zu stützen vermögen, die aber dann diese Hoffnung zu Schanden machen, um die Stellen der Ausständigen zu besetzen und noch dabei vermögen, in ihrem Rechte zu sein, da ihnen die an die Organisation oder einzelne Berufsgenossen gestellten Anforderungen infolge ihrer Unerfüllbarkeit abgeschlagen werden mußten. Organisierte Berufsgenossen, die nicht nur die Organisation in Friedenszeiten bis auf das Neueste ausnützen und nur dann arbeiten, wenn ihre Unterstützungsansprüche ruhen, die jedoch auch jeden Kriegszustand in der Organisation benutzen, d. h. jeden im Beruf stattfindenden Lohnkampf, um mit Forderungen an die Organisation oder an einzelne heranzutreten, die an Erpressung nichts fehlen lassen, solche organisierte Berufsgenossen können wir mit ruhigem Gewissen als Vampire der Gewerkschaften bezeichnen, weil sie gleich diesen die Absicht haben, zwar nicht das rote, sondern das finanzielle Blut auszusaugen. Und wehe dieser Organisation, wehe dieser Zahlstelle oder den einzelnen Berufsgenossen, wo die Wünsche dieser immer durstigen Gewerkschaftsvampire nicht erfüllt werden; sofort erfährt man von diesen Unschuldigen, weshalb sie gezwungen waren, an den Ausständigen aufzutreten.

„Es war uns nicht bekannt, daß hier gestreift wird; wir sind schon lange außer Arbeit und müssen die Arbeit der Ausständigen aufnehmen, um nicht Hungers zu sterben, da ihr uns doch nichts oder nicht so viel gebt, als wir beanspruchen!“ So der Refrain der Entschuldigungen. Die einfache Logik der gegebenen Verhältnisse müßte die unerschämten Blutsauger zu der Erkenntnis ihres Unrechts bringen, wenn sie eben noch die Kraft und Fähigkeit hätten, um logisch denken und handeln zu können. Die Logik, die dahin geht und selbst dem dümmsten Vengel nicht abgeht, daß, wo die Arbeitsstellen besetzt sind, kein anderer arbeiten kann. Wären die Berufsgenossen nicht in den Ausständigen ge-

treten, dann hätten die Gewerkschaftsvampire auch nicht deren Stellen besetzen, nicht in Arbeit treten können; sie hätten ihre Tätigkeit auf andre Gefilde verlegen müssen, ohne zu verhungern. Diese Vampire ohne gleichen meinen deshalb, weil sie einer Organisation angehören, alles tun zu können, was jeder anständige Mensch verabscheut. Da die Ansprüche gehen noch weiter in den Fällen, wo ihre Wünsche erfüllt werden, da gerieren sie sich als Märtyrer der Gewerkschaft und verlangen außer dem erprehten Zudaslohn noch die Dankbarkeit und Anerkennung derjenigen, die sie am liebsten dahin wünschten, wo der Pfeffer wächst und wo sie niemand mehr schaden können. Nachdem nun am Ausständigen nichts mehr zu holen oder alles beigelegt ist, werden, nachdem unter den eigenen Berufsgenossen keine Schröpfköpfe mehr angebracht sind, die Verkehrslokale der organisierten Arbeiter belagert und ein regelrechter Fischzug auf die Taschen der Anwesenden mit dem Verbandsbuch in der Hand, die Lippen triefend von Solidarität und geleisteter Aufopferung, finden dann diese Vampire noch unter den organisierten Arbeitern Gutwillige genug, um die verdorbenen Subjekte zu unterstützen und ihnen ihre zweifelhafte Tätigkeit zu erleichtern und möglich zu machen.

Gegen derartige gekennzeichnete Gewerkschaftsvampire gibt es kein andres Mittel, als daß man sie aus den Organisationen entfernt und völlig unbeachtet liegen läßt. Aber nicht nur das, sondern auch dann, wenn sie versprechen, sich zu bessern, oder wenn sie behaupten, daß sie gebessert sind, sollte man denselben die Gewerkschaften verschließen, weil Menschen, die einmal zu derartigen Machinationen gefunken sind, daß man sie mit Tieren vergleichen muß, kaum unterlassen werden, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in ihren alten Fehler zu verfallen.

(Supfer Schmied.)

Es ist ja innerhalb der letzten Zeit ein Umschwung zu verzeichnen, der hoffentlich auch aus dem heutigen Zustand heraus helfen wird. Die Steinarbeiterorganisation leidet auch unter dem Umstand, daß große Gebiete der Steinindustrie eine moralisch und körperlich degenerierte Arbeiterkraft bergen. Man kann den Steinarbeitern Schlesiens, Währens und auch Oberösterreichs noch so sehr die Schäden der langen Arbeitszeit aus einanderlegen, das hindert die große Mehrheit nicht, immer wieder mit Tagesgrauen die Arbeit zu beginnen. Selbst wenn es gelingt, die Behörden aufzubringen und zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen heranzuziehen, so wird noch immer ein Teil der Arbeiter dagegen sein. In diesen Gebieten ist aber ein recht beträchtlicher Teil der Steinarbeiter Oesterreichs beschäftigt. Es kostet jahrelange Anstrengung dort mit einigem Erfolg einzugreifen und oft wird die ganze Arbeit durch einen unvorsichtig unternommenen Schritt in Frage gestellt.

Welche Zustände herrschen, erfah man bei dem Streik in Nabresina, wo Mann, Weib und Kind, bei der Steinarbeit beschäftigt, nicht soviel verdienen, um das Leben fristen zu können. Dabei war die Arbeitszeit unbeschränkt. Nach einem sechswöchentlichen Kampfe gelang es, die ärgsten Mißstände zu beseitigen. Ein wesentlicher Schaden ist für die Steinarbeiter der Umstand, daß bei Ausführung öffentlicher Arbeiten billige ausländische Kräfte herangezogen werden. Der Bau der Wiener Verkehrsanlagen ging in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeit spurlos an den Wiener Steinarbeitern vorüber. Durch die Submissionen kam die Ausführung in die Hände der Capis, die betreibt waren, Arbeitskräfte von außen heranzuziehen. Es kam vor, daß in den Monaten Oktober und November noch ganze Trupps anlangten, während Hunderte Wiener Steinmehnen arbeitslos waren. Die aufgewendete Mühe, dies zu hindern, war im Vergleich zum Erfolg viel zu beträchtlich.

Ungünstig wird die Situation noch durch den effektiven Mangel an Arbeit beeinträchtigt. Die Bauführung ist bei uns eine verachtete, daß immer danach getrachtet wird, alles, was nur irgendwie durch andres ersetzt werden kann, nicht aus Stein herzustellen. Darin geht das Bestreben so weit, daß man heute nur mehr in einzelnen Fällen Travertenstein verwendet, die doch früher allgemein in Verwendung kamen. Bei den wenigsten Bauten kommt Steinarbeit in Betracht, Stiegen und Balkenplatten kommen fertig aus den Bruchgebieten.

Der Mangel öffentlicher monumentaler Bauten verschärft die Situation. Selbst bei großen öffentlichen Bauten greift man zur einfachsten Ausführung. Museen u. dergl. werden mit so geringen Beträgen veranschlagt, daß eine monumentale Ausführung gar nicht denkbar ist. Mit der gegebenen Situation werden sich die Steinarbeiter allerdings abfinden müssen. Wenn die Arbeit in den Brichen ausgeführt wird, so werden sie eben trachten müssen, in die Bruchgebiete zu kommen und dort Remedur zu schaffen. Im großen ganzen geht es vorwärts. Der Weg zur einheitlichen Arbeit ist geebnet und der kommende Kongreß wird uns die Möglichkeit geben, mit gewichtigeren Mitteln für den Ausbau der Organisation einzutreten. e. h.

Zweiter Bauarbeiterkongreß.

(Schluß.)

Von den Ausführungen der Diskussionsredner können wir nur Auszüge wiedergeben.

Maler Stauder-Zürich berichtet über den Arbeiterschutz in der Schweiz. In Zürich wurden seitens der Stadt ein Maurer und ein Zimmerer als Kontrolloren angestellt. Die Unternehmer setzen denselben erst großen Widerstand entgegen. Ehe das Gerüst aufgestellt werden darf, haben die Kontrolloren das dazu zu verwendende Material zu prüfen und daselbe eventuell zurückzuweisen. Nach Aufstellung des Gerüsts erfolgt eine zweite Kontrolle. Die Kontrolloren haben Beamtencharakter und können Ordnungsstrafen verhängen. Die Verantwortung für Unfälle haben immer die Bauunternehmer. Seit 1896 besteht in Zürich diese Gerüstkontrolle und seit dieser Zeit sind 5400 Gerüste kontrolliert und dabei nur 57 Unfälle zu verzeichnen gewesen. Dagegen kamen bei einem Kirchenbau, 3 Stunden von Zürich, wo die Gerüstkontrolle nicht besteht, allein 17 Unfälle vor. Die Kosten für die Kontrolle haben die Unternehmer zu tragen. In Bern, Luzern und Basel bestehen ähnliche Bestimmungen.

Maurer Hemm-München ist Baukontrolleur in München. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Anstellung von Arbeiterkontrolloren für die Bauarbeiter von großem Vorteil gewesen ist. Die Unternehmer setzen im allgemeinen selbst sehr zufrieden mit der Tätigkeit der Kontrolloren und halten selbst darauf, daß die Schutzvorschriften auf allen Bauten innegehalten werden.

2. Verhandlungstag, Dienstag, den 31. März. Maurer Stolle-Stuttgart: In unserem demokratischen Lande haben wir keinen Posaadowsky. Man gibt sich wenigstens den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit und folgt den Einladungen zu Arbeiterkongressen. Würde der Bauarbeiterkongreß in Stuttgart tagen, so wäre die württembergische Regierung sicher der Einladung gefolgt, trotz der unnötigen Fahnendebatte im Reichstage. Der Bauarbeiterschutz aber läßt auch bei uns viel zu wünschen übrig. Im Landtage ist nur eine nichtsagende Resolution für den Bauarbeiterschutz angenommen, die der Regierung alles überläßt. In einer Ministerialverordnung sind die Gemeinden aufgefordert worden, für eine Baukontrolle zu sorgen. Aber es geschieht nichts, selbst nicht in Stuttgart. Die Scharfmacher wollen nichts von der Heranziehung der Arbeiter zur Baukontrolle wissen. Die Berufsgenossenschaft hat nur zwei Kontrolloren für das ganze Gebiet angestellt. Das ist natürlich ganz ungenügend. Wenn wir in Bezug auf die Bestimmungen auch manchen andern Ländern voraus sind, in Bezug auf den tatsächlichen Schutz ist es bei uns so wie überall. Die Regierungsverordnungen haben das Gute, daß sie sich auf das ganze Land, nicht auf einzelne Städte erstrecken. Auch die Zimmererplätze sind eingeschlossen.

Maler Streine-Dresden: Man hat den sächsischen Arbeitern das Landtagswahlrecht genommen und zu ihrer „Versöhnung“ dann wieder in Arbeiterfreundlichkeit gemacht. Diefem Umstande verdanken wir die geringen Fortschritte im Bauarbeiterchutz in Sachsen. In Dresden sind in kurzer Zeit vier Gerüststürze vorgekommen. Es handelte sich um Staatsbauten, die von Innungsmeistern hergestellt waren. Die Staatsbauten in Sachsen sind der Kontrolle der Berufsgenossenschaften entzogen. Die Chemnitzer Arbeiter haben eine Baukontrolle vorgenommen und mußten 107 Anzeigen erstatten. Die Behörde mußte konstatieren, daß sämtliche Beschwerden berechtigt waren. Wir müssen einen einheitlichen Schutz für ganz Sachsen fordern, der den unteren Behörden nicht zuviel Spielraum läßt. Das sächsische Baugesetz macht den Unternehmer verantwortlich für die Unfälle und zwingt ihn, wenn er selbst nichts vom Bauwesen versteht, einen verantwortlichen Polier mit der Kontrolle zu betrauen. Ist der Polier ungeeignet, so hat die Behörde das Recht, einen geeigneten Sachkundigen zu stellen. Soweit, so gut: es ist uns aber nicht ein Fall bekannt, wo diese Bestimmungen Anwendung gefunden hätten. (Hört, hört!)

Leitergerüstbauer Walter-Berlin tritt für die Forderungen seines Berufs ein, der besonders lebensgefährlich sei. Es fehlt selbst in Berlin an jeder einheitlichen Vorschrift. Jedes Polizeirevier handelt nach eigenem Gutdünken in der Bewilligung der Abperrung der Bürgersteige.

Der Vorsitzende Bömelburg erklärt, daß auch ein Vertreter der Steinarbeiter sprechen wolle, er müsse aber bemerken, daß die Geschäftsführung dieser Organisation vor etlichen Jahren schon einmal den Anschluß an die Zentral-Kommission vollzogen hatte, später sich aber dann absetzte. (Hört, hört!) Ja, wir waren vor der Eröffnung des Kongresses von einer Delegation, die der Steinarbeiterverband entsenden wollte, nicht einmal in Kenntnis gesetzt. (Hört, hört!) Bömelburg ersucht nun dennoch den Kongreß, einen Vertreter der Steinarbeiter (anwesend sind Grete für den Vorstand, Jeschke für Berlin und Wietig

für Dresden) zum Worte kommen zu lassen, um ihre Schmerzen (Heiterkeit) vortragen zu können. Der Kongreß ist damit einverstanden.

Dachbedeker Weiglin-Berlin: Die Dachbedekerarbeiten müssen vielfach ohne Schutzrüstung verrichtet werden. Viele Unfälle sind hierauf zurückzuführen.

Steinarbeiter Bieweg-Dresden: Vor kurzem ist eine Bundesratsverordnung für unsern Beruf erlassen. Aber diese Verordnung ist völlig unzureichend, da selbst die bescheidensten Forderungen der Steinarbeiter nicht berücksichtigt sind. Die wenigen bestehenden Vorschriften werden noch nicht einmal innegehalten. Da das Durstbedürfnis in unserm Berufe besonders groß ist, müßten die Unternehmer für gutes Trinkwasser sorgen. Die organisierten Arbeiter sind heftige Gegner des Schnapstrinkens. Die Kantinen sind gewöhnlich indirekt im Besitze der Poliere. Da sie selbst nach den gesetzlichen Vorschriften nicht Besitzer sein dürfen, werden die Kantinen von den Frauen der Poliere verwaltet. (Hört, hört!) Ein Beruf, der das Leben der Arbeiter nicht zu schützen vermag, hat keine Existenzberechtigung. Wir begrüßen die in der Bundesratsverordnung enthaltene Verfügung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit.

Damit schließt die Diskussion.

Nach einem Schlusswort des Referenten, in dem er nochmals dafür eintritt, daß dem nächsten Reichstage ein Reichsbauarbeiterchutzgesetz vorgelegt wird, wird die gestern mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen. Die Redaktionskommission hat einige Änderungen daran vorgenommen: so sind die Forderungen der Zimmerer berücksichtigt worden und es wird verlangt, daß die Normvorschriften für die Bauarbeiter dort, wo fremdsprachliche Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt werden, auch in der Sprache dieser Arbeiter veröffentlicht werden. Weiter wird noch gefordert, daß die staatlichen Bauaufsichtsbehörden ihre Berichte auch den Gewerkschaftsblättern zustellen. Für die Ueberlandarbeit werden Schlafräume gefordert, die als Material- oder Baubude nicht benutzt werden dürfen.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: Submissionsverfahren und Lohnklausel.

Der Referent Chr. Denthals-Hamburg begründet folgende Resolution:

In Erwägung, daß im Submissionsverfahren vielfach Preisangebote gemacht werden, die eine richtige Kalkulation insbesondere der Lohn- und Arbeitsverhältnisse völlig vermissen lassen; in weiterer Erwägung, daß in den vorhergenannten Fällen die Uebernehmer der Arbeiten und Lieferungen fast immer das Bestreben haben, um auf ihre Kosten zu kommen, die Löhne der Arbeiter zu drücken und die Arbeitsbedingungen allgemein zu verschlechtern; und in weiterer Erwägung, daß den Verwaltungsbehörden des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunen die Pflicht zugewiesen werden muß, mit gutem Beispiel voranzugehen und bei der Ausführung von öffentlichen Arbeiten jede von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, fordert der Kongreß:

1. Die bauenden Behörden sind seitens der in Betracht kommenden Faktoren zu veranlassen, die öffentlichen Bauten in eigener Regie auszuführen. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Bauarbeiterorganisationen gutachtlich zu hören. In keinem Falle darf mit dem Lohne unter das von den betreffenden Gewerkschaften festgesetzte Minimum herabgegangen, ebensowenig darf die Arbeitszeit überschritten werden.

2. Soweit das Submissionsverfahren sich zur Zeit noch nicht umgehen läßt, oder soweit sonst Arbeiten und Lieferungen an Unternehmer vergeben werden, sind die Behörden zu verpflichten, in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge folgende Klausel aufzunehmen und zur Geltung zu bringen: „Der Unternehmer ist verpflichtet, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau inne zu halten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen.“

3. Tausend Meinungsverschiedenheiten über die allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auf, so hat die Baubehörde ein Gutachten der in Betracht kommenden Arbeitervertreter bzw. Arbeiterorganisationen einzuholen.

Der Kongreß fordert die Bauarbeiter aller Branchen und ihre Organisationen auf, für die praktische Durchführung der Lohnklausel energisch tätig zu sein.

Der Referent weist u. a. darauf hin, welche außerordentliche Differenzen sich bei den Angeboten im Submissionswesen zeigen und teilt eine Anzahl dieser Submissionsblüten aus allen Bauberufen mit. Das Material kostet überall daselbe, also sind die Arbeiter die eigentlichen Leidtragenden. Redner verweist zur Verteidigung der Lohnklausel auf England. In Deutschland sind wir noch weit zurück. Nur in Bayern und Württemberg wurde in den dortigen Parlamenten die Frage angeregt. Ehe die Arbeiterorganisationen hier nicht eingreifen, ist an eine Besserung der bestehenden Zustände nicht zu denken. Wir müssen mit den Unternehmern korporative Arbeitsverträge abschließen, damit den Arbeitern ein genügender Lohn gewährleistet wird. Wir müssen von den Behörden die Aufnahme der Lohnklausel verlangen, dann wird das Privatkapital bald nachfolgen. Sorgen Sie dafür, daß wir eine Macht werden, dann werden wir unsere Forderungen durchdrücken können. (Beifall.)

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen. Im Anschluß hieran wird ein Schreiben des Stadtrates in Pforzheim verlesen, das die Forderungen der Pforzheimer Bauarbeiter als übertrieben bezeichnet: „die Arbeiter verlangen die höchsten Löhne und wollen dafür möglichst wenig tun“ (Große Heiterkeit), „die Anstellung von Arbeiterkontrolloren habe sich anderwärts noch nicht bewährt; es sollen noch weitere Resultate abgewartet werden.“ (Erneute Heiterkeit.)

Als Gäste sind noch erschienen die Zimmerer Verdoort und Leitstra aus Holland.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: Sonstige Anträge. In erster Linie steht der Antrag der Zentralkommission über die Organisation der Bauarbeiterchutzbewegung:

1. Die Ausführung der Kongreßbeschlüsse und Erledigung aller mit der Förderung des Bauarbeiterchutzes zusammenhängenden Aufgaben ist Sache der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz in Hamburg. Ihre Wahl haben die Zentralvorstände derjenigen Verbände vorzunehmen, die an der Bauarbeiterchutzbewegung beteiligt sind.

2. Zur Unterstützung der Zentralkommission sind die örtlichen Zweigvereine (Filialen, Zahlstellen) der baugewerblichen Verbände verpflichtet und zu diesem Zweck Lokalkommissionen für Bauarbeiterchutz einzusetzen.

3. Sofern für einen Bundesstaat oder für einen größeren Landesteil im Interesse des Bauarbeiterchutzes gemeinsame Aktionen notwendig machen, sind zur Leitung derselben von der Zentralkommission in Verbindung mit den für den betreffenden Bezirk in Betracht kommenden Agitationskommissionen oder Gauvorständen der Verbände die entsprechenden Einrichtungen zu treffen.

4. Für die Bauarbeiterchutzbewegung werden besondere Beiträge nicht erhoben. Die Unkosten der Zentralkommission sind auf die beteiligten Verbände im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl umzulagen, die Unkosten der Lokalkommissionen haben die an denselben teilnehmenden Zweigvereine oder Zahlstellen aus ihren Lokalkassen zu bestreiten.

5. Aufwendungen für gemeinsame Aktionen werden aus den Mitteln der Zentralkommission gedeckt. Ausgenommen hiervon sind die Delegationskosten zu etwaigen Konferenzen, die von denjenigen zu zahlen sind, die die Delegation entsenden.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Ein Antrag der Bauhandwerker Dresdens auf Verbot der Akkord- und Frauenarbeit im Rohbau wird der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz als Material überwiefen.

Ein Antrag der Maurer in Kiel, der Vorstand der Bauarbeiterchutzkommission möge die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersuchen, baldmöglichst dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt

werden müssen, wird der Zentralkommission zur Berücksichtigung überwiefen.

Ein Antrag des Zentralverbandes der Glaser, der besondere Unfallverhütungsvorschriften für das Glasergerberverlangen, wird der Zentralkommission als Material überwiefen, ebenso ein Antrag der Maurer in Langenbielau, wonach die Maurer nicht mehr Lehrlinge anstellen dürfen, als sie auf den Bauten überwachen können.

Ein Antrag der Lokalkommission für Bauarbeiterchutz in Breslau auf Herausgabe eines monatlichen Korrespondenzblattes wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Angenommen wird ein Antrag der Steinseher und Pfasterer, der dagegen protestiert, daß die Arbeiter des Straßenbaues von den wenigen sanitären Schutzbestimmungen ausgeschlossen sind, wie dies in der Verordnung des Berliner Polizeipräsidiums geschehen ist. Gleichfalls angenommen wird die von den Malern gestellte Resolution auf Verbot der Verwendung aller bleihaltigen Farben. Die Anträge der Leitergerüstarbeiter, Jalousteinarbeiter, Klempner, Schlosser und Rohrleger auf besondere Schutzvorschriften wird der Zentralkommission als Material überwiefen. Die Frage, ob eine Petitionsbewegung auf Schaffung eines Reichspolizeigesetzes veranfaßt werden soll, wird der Zentralkommission zur Erwägung überwiefen.

Ein weiterer Antrag stellt zur Sicherung des Arbeitslohnes folgende Forderungen auf: Für den Arbeitslohn haften der Bauherr, Bauausführer und Baugelbgeber gemeinschaftlich. Stellen alle Vorgenannten die Zahlungen ein, so sind die Löhne der Arbeiter zuerst aus der Masse zu befriedigen. Geht der Bau während der Ausführung in andre Hände über, so haften der Käufer auch mit den unbeweglichen Sachen für die Lohnforderungen der letzten vierzehn Tage.“ Dieser Antrag wird als Material überwiefen.

Einstimmig angenommen wird noch folgende Resolution: „Unbeschadet der prinzipiellen Forderung der deutschen Bauarbeiterchutzsorge zu tragen hat, verpflichtet der zweite Bauarbeiterchutzkongreß die Bauarbeiter aller Branchen die Selbsthilfe kräftig zu gebrauchen. Der Kongreß ersucht die in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen ihre Mitglieder dazu anzuhalten, daß die Beseitigung aller Mißstände ganz energisch betrieben wird.“

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Reichstagsabgeordneter Zubeil spricht im Namen seiner mitbelegierten Kollegen seine Freude über die außerordentlich reichen Anregungen aus, die sie vom Kongreß für weitere Reichstagsarbeiten erhalten haben. Er sichert den Bauarbeitern nachdrückliche Vertretung ihrer Interessen durch die sozialdemokratische Fraktion zu. Mit dem Grafen v. Posaadowsky wird ein deutliches Wort gesprochen. Einen Arbeitgeberkongreß hätte er nicht abfällig befrieden. Wenn Sie nicht Amboß bleiben wollen, so schwingen Sie kräftig den Hammer bei den nächsten Reichstagswahlen! (Stürm. Beifall.) Es folgen Dank- und Schlussreden.

Bömelburg bezeichnet als Ergebnis des Kongresses eine nachdrückliche Demonstration für den Bauarbeiterchutz und eine Vertiefung der Kenntnisse. Er hofft, daß die Regierung bald dazu gebrängt werde, die Forderungen der Bauarbeiter zu erfüllen, wenn die Agitation, bei der die verschiedenen Faktoren untereinander Duldbarkeit beweisen müßten, in der Aufklärung der Massen nicht erlahme. Man sagt, die Gewerkschaften sollen sich nicht mit Politik befassen. Man will nicht auf unsre Kongresse kommen, weil rotes Tuch vorhanden ist. Ich bin nun weit entfernt davon, jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied zu sagen: „So hast Du politisch zu denken.“ Aber bei der Frage des Bauarbeiterchutzes wird es besonders klar, daß unsre Stütze allein die Sozialdemokratie ist und sein wird. Bei den Wahlen wird es sich darum handeln, den herrschenden Gewalten zu zeigen, daß die arbeitende Bevölkerung unzufrieden ist. Wir müssen am 16. Juni unsre Stimme für die wirtschaftliche und politische Freiheit in die Waagschale werfen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf schließt Bömelburg mit einem dreifachen Hoch auf die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung aller Länder die Kongreßverhandlungen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es wird hiemit nochmals darauf hingewiesen, daß auf Nachfrage an Einzelzahler nichts versandt wird.

Unterstützungsgesuche für Maßregelung, Umzugskosten oder Rechtsschutz müssen von der Lokalverwaltung gestellt und unterzeichnet sein, wenn dieselben Berücksichtigung finden sollen.

Hamburg zahlt 4 Tage Reiseunterstützung.

Trotz fortgesetzten Hinweises unsrerseits, bei Geldsendungen genau anzugeben, für was die Beträge verrechnet werden sollen, wird dieses doch vielfach nicht beachtet; wir ersuchen, dem endlich nachzukommen, da wir für daraus entstehende Irrtümer nicht verantwortlich sein können.

Das Buch von L. Lechner, geb. den 5. Oktober 1885 zu Erding, liegt hier.

Schwarzenbach i. Fichtelgebirge. G. Prell, Reutstadt 395, ist als Gauvorstand gewählt.

Internationales.

Budapest. Der Kampf dauert fort. Die Situation ist den Kollegen äußerst günstig.

Gravenhagen (Holland). Die Lage ist unverändert. Die Steinarbeiter können aber unter keinen Umständen die unerhöht reduzierten Löhne akzeptieren.

Die Kollegen Deutschlands erinnern wir nochmals daran, den Ausständigen in obigen Orten die finanzielle Hilfe nicht zu versagen. Geldsendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

J. A. der Internationalen Agitationskommission
A. Staudinger
Leipzig, Große Fleischergasse 14, I.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Verammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Bittermark. Am Sonntag, den 5. April, fand eine Versammlung statt, wo ziemlich alle anwesend waren. Es machte sich notwendig, einen zweiten Vorsitzenden zu wählen, da unser Kollege Otte, welcher bisher das Amt bekleidete, schon 17 Wochen krank ist. An dessen Stelle wurde Kollege Mergen gewählt. Sodann wurde noch ein neuer Kassierer für den Kollegen Deubener gewählt; hiezu wurde Hubert Busch, und als Schriftführer E. Oeffermann gewählt. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Vorsitzenden resp. Kassierer durch Erheben von den Sitzen Decharge erteilt. Betreffs der Maßfeier kamen wir überein, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, der Verlauf der Feier wird noch bekannt gegeben. Weiter wurde angeregt, dem Ge-

Rebner begrüßt die neueste Bundesratsverordnung, wodurch die neunstündige Arbeitszeit in diesem Gewerbe eingeführt worden ist, mußte aber bedauern, daß man den antwortenden Kollegen in den verschiedenen Werksstätten noch nicht davon berichtet hatte — weder amtlicherseits noch von Seiten der Unternehmer. Auf die Organisation im allgemeinen übergehend, beleuchtete der Rebner insbesondere die sogenannten christlichen Gewerkschaften, welche unter dem Protektorat eines Unternehmers oder dessen gesalbten Stellvertreter stehen und meistens nur Streikbrecher und Verwahrer an den Kollegen züchten. Die wirkliche gerechte Vertretung der Arbeiterinteressen sei nur in den freien Gewerkschaften zu suchen, und derjenige Arbeiter, dem es wirklich ernst ist, seine traurige Lage zu verbessern, habe auch die Pflicht, sich der Organisation anzuschließen, denn die Statistik bringe die besten Belege dafür, daß gerade da, wo die beste Organisation besteht, höhere Löhne bezahlt werden und gerechtere Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind. — Daß die Ausführungen des Referenten gut verstanden wurden, bewies der Beifall, der ihm von den Anwesenden gesollt wurde; auch meldeten sich neun Steinhauer zur Aufnahme in den Verband.

Wenig-Radwiß. Am 7. d. M. fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal 1903. Da dieselbe von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, wurde dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen Deklarate erteilt. Weiter gab als erster Vorsitzender sein Amt ab. Aus der Wahl ging diesmal der Steinhauer Scholz aus Ottendorf hervor. Die Versammlung drückte dem Kollegen Reuter für seine mehrjährige umsichtige Leitung der hiesigen Zahlstelle ihren Dank aus. Zur Vorbereitung der Kaiserfeier wurde ein Komitee von sechs Mann gewählt, das das weitere in die Wege zu leiten hat.

Rundschau.

Seilbrunn. In dem Neuensteinbruch beim Jägerhaus wurde der Steinhauer Ernst Stöffler von Untergruppenbach am 14. v. M. durch ein herabstürzendes Felsstück erschlagen.

Verga a. G. Im Steinbruch der nahen Clodramühle waren die Arbeiter Hoppe und Weiske mit der Ladung eines Sprenglockes beschäftigt, als das Pulver vorzeitig explodierte und beide so schwer verletzte, daß sich ihre Ueberführung in das hiesige Krankenhaus nötig machte.

Kalbach bei Düdelsheim. In dem hiesigen Basaltsteinbruch verunglückte am 14. v. M. ein 27jähriger Mann aus dem nahen Orleshausen. Zwei Arbeiter waren an einer abgeraumten Säule beschäftigt und sollten die Basaltmasse zum Einsturz bringen. Blötzlich geriet die Säule ins Wanken und ein mächtiger Block warf den jungen Mann zu Boden, der außer bedenklichen Quetschungen mehrere Arm- und Beinbrüche erlitt. — Es ist verständlich, wenn angeführte Vorfälle bei den indifferenten Arbeitern sogar der Glaube schwindet, daß die Herren Steinmetzmeister für einen wirklichen Arbeiterschutz nicht zu haben sind. Trotzdem haben elliche Scheinarbeiterfreunde immer das schönklingende Wort, der Arbeiter muß geschützt werden.

Gattingen (Ruhr). Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 25. v. M. im Reuserischen Steinbrüche ereignet. Drei Arbeiter, Italiener, hatten einen Sprengschuß gelegt. Nachdem sie längere Zeit gewartet hatten, der Schuß aber nicht losging, begaben sie sich, in der Annahme, die Zündschnur sei erloschen, zu der Stelle, wo der Schuß gelegt war, um ihn mit einer neuen Zündschnur zu versehen. Im selben Augenblicke trachte der Schuß, und die drei Leute wurden von den umhergeschleuderten Sprengstücken so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. — Wir entnehmen diese Notiz dem Deutschen Steinbildhauer. Wir fragen, wo war hier der Schießmeister, der die nötige Aufsicht führen sollte. Was nützen in solchen Fällen die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften, wenn die Arbeiter sie nicht einmal lesen können. Desto mehr hätten die Unternehmer die Pflicht, bei solchen gefährlichen Arbeiten die nötige Vorsicht walten zu lassen. Ueberhaupt nehmen in den Steinbruchbetrieben in letzter Zeit die Unglücksfälle ungeheuer zu, ein Beweis, daß es mit dem Arbeiterschutz sehr schlecht bestellt ist.

Immer dasselbe. Als die Vorberatung zur Bundesratsverordnung veranstaltet wurde, sollte die Innung in Berlin eine Umfrage über eventuelle Mißstände zc. vornehmen. Zur Genüge ist bekannt, wie die Formulare, die ausgefüllt werden sollten, gleich vom Vorstand der Innung erleichterungs halber für die — Mitglieder, also den mit Arbeit überlasteten Steinmetzmeistern Berlins, einen Fingerzeig enthielten, wie die Antworten lauten sollten. Die getreuen Innungsmitglieder taten auch dann, wie ihnen der Herr Vorsitzende befohl.

Nun hat kürzlich die Regierung eine Umfrage veranstaltet, ob die Einführung des Befähigungsnachweises notwendig sei und insbesondere waren die — Handwerker am merksam aufzufordern, ihr Gutachten darüber abzugeben. Auf welche Weise dieses geschah, mag aus den Ausführungen des Grafen Posadowsky hervorgehen, die derselbe am 9./2. dieses Jahres im Reichstage zu dieser Materie machte:

„Siehe komme ich auf den Befähigungsnachweis der Bauhandwerker zu sprechen. Auch darüber, meine Herren, haben wir bekanntlich Erhebungen angestellt. Zur Herbeiführung einer gutachtlichen Aeußerung der Handwerkskammern über die Frage der Einführung und Gestaltung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe ist zunächst seitens der beteiligten preussischen Herrn Minister ein Fragebogen aufgestellt und unter dem 12. Februar v. J. den Handwerkskammern übersandt worden. Dieser selbe Fragebogen ist durch Rundschreiben auch den sämtlichen verbündeten Regierungen mitgeteilt mit der Bitte, auch ihrerseits ähnliche Erhebungen anzustellen. Es hat sich dabei aber gezeigt, daß eine ganze Anzahl der Handwerkskammern ihre Gutachten erstattet haben nach Maßgabe einer von dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister ihnen empfohlenen Beantwortung (Sör! hört! links). Meine Herren, das war nicht der Zweck der Erhebungen. (Weiter links.) Wenn wir eine Enquete anstellen, dann wollen wir doch, daß wir aus dem selbständigen Urteil und den eigenen Erfahrungen der einzelnen Verbände heraus hören, wie sich in ihrem lokalen Bezirk die Verhältnisse entwickelt haben, welche Ansichten sie hiebei gefaßt haben und welche Tatsachen sie zu ihrer Auffassung führten. Wenn aber von einer Zentralstelle, ähnlich, wie das bei Petitionen vielfach geschieht, ein Formular für die Beantwortung verschickt wird, was uns dann in einer Anzahl von Exemplaren wieder zugeht, meine Herren, so muß ich doch sagen, verliert eine solche Erhebung für uns jeden Wert. (Sehr richtig! links.) Der Herr Handelsminister hat das auch gegenüber den preussischen Handwerkskammern gerügt und verlangt, daß dieselben nach eigenem Urteil und nicht nach einem

ihnen vorgeschriebenen Rezept diese Beantwortung vornehmen sollten. (Zuruf links.) — Auf Namen kommt es hiebei gar nicht an; es handelt sich hier nur um den Erfolg der Sache.“

Graf Posadowsky hat zweifellos das Unhaltbare solcher Gutachten anerkannt, und die Herren Felisch und seine Anhänger, sowie die hieheren Zunftgenossen in den Handwerkerkammern haben sich wieder einmal kräftig blamiert. Wie traurig muß es um das Selbstbewußtsein der Handwerkerkammern bestellt sein, wenn sie sich das abzugebende Gutachten vom Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister diktieren lassen. Solche Erhebungen zeigen, wie einseitig die Unternehmer urteilen; hoffentlich ziehen die Regierungen daraus die Lehre und legen den Aufzeichnungen der Arbeitnehmer mehr Wert als bisher bei.

Die Ausführungen Posadowskys gelten aber nicht allein bloß für die Baugewerksmeister, sondern auch für die Angehörigen der Berliner Steinmetzmeisterinnung.

Kein Verständnis. Der Baugewerkszeitung entnehmen wir folgendes: Betreffs der Kontrolle der Bauten durch Arbeiter wird uns aus München, wo dieselbe bekanntermaßen eingeführt ist, folgendes geschrieben:

Diese hier seit einigen Jahren existierende Einrichtung ist überall so unbeliebt wie nur möglich, und nicht zuletzt bei den Arbeitern selbst (?), die sich bei Anblichwerden des Kontrolleurs sehr oft in abfälliger Weise äußern.

Der Bauherr fühlt sich durch die überflüssige Aufsicht, die ihm zudem nur Kosten verursacht, belästigt, und für den reellen und soliden Baumeister ist es geradezu beleidigend, seine Anordnungen durch einen Arbeiter kontrolliert zu sehen und unter Umständen Weiterungen ausgesetzt zu sein, die ihm zum mindesten stundenlange Laufereien (?) und Auseinandersetzungen mit den Behörden kosten.

Ändert sich doch das Bild auf einem Bau so oft, daß ein nicht technisch durch und durch gebildeter Aufseher nicht im stande ist, die Zweckmäßigkeit einer Anordnung oder dergl. für die werdende Arbeit ohne weiteres zu ersehen oder zu beurteilen, und da sind dann oft genug unbegründete Anzeigen wegen gar nicht vorhandener Mängel die Folge.

Soweit ich unterrichtet bin, hat auch diese Aufsicht keinerlei Änderungen der Ziffern der Unglücksfälle und Erkrankungen ergeben, zeitigt dagegen andere, ernstere Gefahren für das Erwerbaleben. Statt ein besseres und geistliches Zusammenwirken von Meistern und Gesellen zc. mit herbeizuführen, wird dies, wie schon erwähnt, gestört; dem Baumeister, der sein Geschäft versteht (?), wird der Beruf verleidet, dem unwissenden Spekulanten indessen vorwärtsgeholfen, indem er, der „Herr Kontrolleur“ um Rat gefragt wird. Das Umgehen des Baumeisters bei Ausführung von Bauten wird gefördert, indem der Bauherr sich sagt: „wozu brauche ich denn einen Baumeister, wenn jeden Tag kontrolliert wird, da tut ein Polier allein auch“.

Ein Gutes indessen hat diese Institution, nämlich verschiedene Genossen (?) einträgliche und sichere Stellen zu verschaffen, die sie zudem nicht hindern, im Interesse der Partei tätig zu sein.

Ist es doch hier vorgekommen, daß ein Bauaufseher in Gewerkschaftsversammlungen agitatorisch auftrat, eine Beschwerde der Innung über diese Art seiner Tätigkeit indessen erfolglos blieb.

Ein solch plummes Eingeständnis, wie dieses der Herren Arbeitgeber über die Arbeiterkontrolleure, ist zu köstlich. Gerade in München hat sich diese Einrichtung sehr gut bewährt und der württembergische Minister Bischof kannte ebenfalls den Wert dieser Kontrolleure an. Daher n war bis vor wenigen Jahren das Musterland der Bauarbeiter-schutzlosigkeit. Des weiteren kommen in der Baugewerkschaftsgenossenschaft für Bayern die höchsten Unfallziffern in Betracht, und da allerdings kann man sich über eine solch blöde Auffassung der Unternehmer gegenüber den Baukontrolleuren nicht wundern. Wenn sich die Unternehmer im weiteren, ereifern, zu behaupten, einzelnen Genossen gut dotierte Stellen zu verschaffen, so ist dieses eine gemeine Verdächtigung, die allerdings nur von solchen Leuten kolportiert werden kann, die selbst nur Sonderinteressen verfolgen. Wir können solche Wahrnehmungen bei den meisten Vorstandsmitgliedern der Berufsgenossenschaften machen, die sich für ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit Summen bis zu beinahe 15 000 Mk. alljährlich entschädigen lassen. Wie bescheiden nimmt sich da der Gehalt eines Baukontrolleurs aus, der wohl mehr wie 1800 Mark nicht beträgt. Aus den Ausführungen des Unternehmersorgans ist zu ersehen, daß man in Zukunft auf dem Gebiete der Baukontrolle durch Arbeiter absolut keine Konzession machen will, wenn aber die Parole der Unternehmer rückwärts lautet, so heißt die unsre immer rastlos vorwärts.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Heppenheim. Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, dem Steinarbeiter Max Stemplinger, geb. 7. August 1871 zu Mahod in Niederbayern, organisiert seit 18. Januar 1903, kein neues Buch auszustellen. Derselbe ist von hier abgereist, ohne sein Buch (Nr. 17196) mitzunehmen.

Alois Spagerer, Vorsitzender.

Eislingen (Württemberg). Wir warnen alle Kollegen vor dem Steinarbeiter Jakob Streble. Derselbe hat sich grobe Pflichtverletzungen zu Schulden kommen lassen.

D. Schmidt und H. Diem.

Wunfriedel. Die Vertrauensleute werden ersucht, Unterzeichneten die Adresse des Steinschleifers Karl Hertel, geb. 8. April 1883, mitzuteilen. Auch ist demselben kein neues Buch auszustellen, da das seinige hier liegt.

Anton Schöffel, Wunfriedel 324.

Adressen-Änderungen.

Eisenach. Vertrauensmann: Schönwald, Jakobsplan 15. Kassierer: Kirchhammer, Mühlhauser Straße 75.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. April 1903. Leipzig I, Beitrag 232,50, Stempel 1,50; Rothenburg, I. Du. 6,40; Freibolz, Delegiertensteuer 0,25, Beitrag 1,60; Witten, II. Du. 0,95; Wernigerode, Beitrag 28,02, Eintrittsmarken 3.—; Schneeberg, I. Du. 4,20; Rehan, Beitrag 28.—; Groß-Rosen, I. Du. 7,20; Landsberg, II. Du. 1,80; Speyer, I. Du. 4,20, Eintrittsmarken 0,50; Güneburg, I. Du. 4,80; Liebenwerda, Beitrag 1,70; Buzlau, I. Du. 33.—; Horka, Beitrag 7,04; Mannheim, Beitrag 30,45; Bentschen, II. Du. 0,90; Bittermark, Beitrag 9,60, Eintrittsmarken 1.—;

Bonn, ? 4.—; Metz, IV. u. I. Du. 7,20; Brandenburg, II. Du. 10,80, Beitrag 14.—, Rest 2,25, Hauptbuch 2.—; Hof, Eintrittsmarken 3.—, Erfahmarke 0,25, Beitrag 58,96, Hauptbuch 2.—, I. Du. 3.—; Alagen, I. u. II. Du. 2,40; Gotha, II. u. III. Du. 1,85; Schönberg, Beitrag 1,80; Berlin, I. Du. 0,90 (Beif.); Liebenwerda, Extrasteuer 2.—, Beitrag 2,80; Berlin I, Rest-Beitrag 117,75, Extrasteuer 14,50, Delegiertensteuer 13,50, Beitragsbuch 0,10, Inf. 4,20; Freiburg i. B., Beitrag 93,20, Hauptbuch 2,50; Schwarzenbach, Beitrag 24,25; Straßburg, Beitrag 260.—; Dingolfing, I. Du. 0,90; Mannheim, I. Du. 27,80; Zittau, Inf. 2.—, I. Du. 3,60, Beitrag 1,85, Alter Rest 26,20; Pilgramsreuth, I. Du. 7,80, Inf. 1,40, Hauptbuch 2,50, Eintrittsmarken 0,50, Beitrag 151,48; Berlin, I. Du. 1,80 (Bös); Springe, Beitrag 3,20, Delegiertensteuer 0,25; Göttingen, I. Du. 6,20; Weuthen, Beitrag 4,90, Eintrittsmarken 0,50, Delegiertensteuer 0,25; Bremerhasen, Beitrag 3,80; Dresden, Beitrag 97,20; Laubach, I. Du. 1,35; Selb, I. Du. 1,20; Eisenach 92,50; Berlin II, Beitrag 30.—; München, Beitrag 68,80, Eintrittsmarken 1,50, Erfahsmarken 1,25, Alter Rest 13,50, Hauptbuch 2,50, Stempel 0,75, I. Du. 23,60, Op. Ital. 1,50; Rehan, I. Du. 4,80, Beitrag 24,64, Eintrittsmarken 2.—, Alter Rest 28,25, Hauptbuch 2.—, Stempel 1,50; Wolgast, Beitrag 5,70; Rotenburg, Beitrag 14.—; Stuttgart I, Beitrag 42.—, Eintrittsmarken 14.—, Stempel 1,50; Salzburg, I. Du. 1,88; Greifswald, Beitrag 1,12; Ruhlant, Beitrag 4.—, Delegiertensteuer 0,25; Häslich i. Sach., Beitrag 7,50, Eintrittsmarken 1.—, Alter Rest 2.—, I. Du. 5.—; Königsberg, Beitrag 58,88, Eintrittsmarken 1.—. Felty Lange.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 28. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Dieselbe faule Wurzel. — Der Kongreß in Vorbeugung und die französischen Sozialisten. Von Jean Longuet. — Beiträge zu einer Geschichte der Internationalen. Von Dr. Max Bach. (Schluß.) — Das Weib und der Intellektualismus. Von Klara Zetkin. — Litterarisches Rundschau: Max Behrs, Käthe Kollwitz. Von Hugo Heller. Dr. G. Ruhland, System der politischen Ökonomie. Von Konrad Schmidt. Alice Salomon, Soziale Frauenpflichten. Von G. Bürth. Tony Kellen, Die Not unserer Schauspielerinnen.

Briefkasten.

G. Wenig-Radwiß. Die aufgelöste Zahlstelle Hohlstein hat seinen Barbestand von 60 Mk. der Zentralkasse zu überweisen. Deine Definition, daß das Geld nach W.R. überwiesen werden soll, ist ja leicht begreiflich, aber sie ist nicht richtig. Kürnberg. Das Inserat kam zu spät. Die Zeitung war schon gedruckt. Mühlhausen (Elß). B. Nr. 14 ist vollständig vergriffen.

Anzeigen.

**Hobelstahl
Steinhauerstifte
Massstäbe
Winkel
Kokos-Handfeiger**
Billigste Preise. — Grösstes Lager.
Schnelle Bedienung.
Robert Baer, Löwenberg i. Schl.

Sehr lohnenden Verdienst kann sich jeder Hoch- u. Tiefbautechniker, Bauführer, Polier, Bauzeichner und sonstige Angestellte in bautechn. Betrieben auf vornehm Weise erwerben.
Off. an Ernst Kahl, Berlin, Luisenstr. 1, erb.

Hobelbandstahl
in vorzüglichster Qualität
Harte Steinhauer-Bleistifte
echte Rehbachsche, empfiehlt
Max Muster, Eisenhandlung, Chemnitz i. S.

Berlin I.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
(Saal 7)

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vierteljahrs-Abrechnung.
2. Bericht vom Bauarbeiter-schutz-Kongreß.
3. Stellungnahme zum 1. Mai.
4. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Todes-Anzeigen.
Am 8. April starb unser Kollege, der Steinmetz
Balthasar Denner
im Alter von 36 Jahren nach langem Leiden an der Berufsfrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.